

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Mittagszeitung im Kreise St. Goarshausen.

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.
Zusätze pro 6 Spalten
Seite oder deren Raum 40 Pf.
Reklamenzettel 1.— M.

Amtsblatt der
Verantwortlicher Redakteur: A. S. e. m. b.
Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13
Redaktionschluss 10 Uhr vormittags.
Fernsprecher Nr. 30.



Stadt Braubach.
Druck und Verlag der Buchdruckerei von
A. S. e. m. b. in Braubach.
Postcheckkonto Nr. 7639 Frankfurt/Main.
Bankkonto: Nassauische Landesbank.

Bezugspreis
monatlich 3.— Mark
durch die Post bezogen viertel-
jährlich 9.— Mark,
von dertelben frei ins Haus
geliefert 9,45 M.

Nr. 157

Braubach a Rhein, Samstag, den 17. Juli 1920.

30. Jahrgang.

Die Finanznot.

Rund 265 Milliarden Mark beträgt die Gesamtschuld des deutschen Reiches. Für die Verzinsung sind allein über 12 Milliarden Mark erforderlich. Da aber die Schuld vor-
ausichtlich noch steigen wird, so werden in absehbarer Zeit
mehr als die Hälfte der ordentlichen Einnahmen des Reiches
für den Schuldendienst gebraucht werden. Der Reichsfinanz-
minister hat am 1. Juli einmal reinen Wein über die deutsche
Finanzlage eingeschenkt. Manches ist dabei noch in Halb-
dunkel getaucht worden, während es sich tatsächlich um
schwarze Schlag Schatten handelt. Wir haben einen ordent-
lichen Haushalt, der sich in Ausgaben und Einnahmen mit
rund 28 Milliarden Mark abgleicht. Darin sind eigentlich
nur die Ausgaben feste Posten, nicht aber die Einnahmen.
Die Einnahmen der neuen Steuern werden sehr wahrscheinlich
hinter den Voranschlägen zurückbleiben. Im Haushalt tritt
das dadurch in Erscheinung, daß neue Mittel auf andere
Weise beschafft werden müssen. Diese Mittel werden im
außerordentlichen Haushalt untergebracht.

Dieser außerordentliche Haushalt ist das Schmerzenskind
unserer Finanzverwaltung. Er beträgt für das laufende
Rechnungsjahr rund 27 Milliarden Mark. Diese 27 Milliarden
stellen das Defizit des Reichsfinanzgeschäftes dar. Mit
anderen Worten, die Ausgaben übersteigen die Einnahmen
um das Doppelte. Zur Deckung der Mehrausgaben verläßt
das Reich nur über die Notenpresse. Das hat an sich schon
den Erfolg, daß das Geld immer mehr entwertet wird.
Dadurch steigt aber das Mißverhältnis zwischen Einnahmen
und Ausgaben noch mehr. Die Deckung ist also nichts
anderes, als verdeckte Schuldenmacherel. Von den
265 Milliarden Mark sind etwa 100 Milliarden Mark so-
genannte „fundierte“ d. h. feste Anleihen. Der Rest von
165 Milliarden Mark ist „schwebende Schuld“. Die Kunst
besteht darin, diese schwebende Schuld abzubauen und in
feste Formen umzuwandeln. Das erscheint nahezu unmöglich,
da die Mittel hierzu fehlen; auch die Zwangsanleihe wäre
deshalb kein Ausweg. Der internationale Geldmarkt wird
erst recht nicht dafür zu haben sein.

Demnach müssen wir zu einer Neuordnung des Finanz-
verhältnisses kommen. Kritik allein ist leicht und schafft keine
Besserung. Das Übel unserer Reichsfinanzwirtschaft ist auch
nicht nur ein Ergebnis der Umwälzung. Die ganze Kriegs-
finanzierung war verfehlt, weil sie fast nur auf Anleihen
begründet war, während es richtig gewesen wäre, die Aus-
gaben durch Steuern zu decken. Der Fehler ist nun einmal
gemacht. Er ist doppelt schlimm, weil in den Kriegsanleihen
so ziemlich das ganze Betriebskapital der deutschen Wirtschaft
angelegt ist. Werden die Zinsen für die Kriegsanleihen nicht
mehr regelmäßig bezahlt, so muß das zu furchtbaren Miß-
schlüssen führen. Die Kritik, die sich darin gefällt, den Rat
zu geben, die Kriegsanleihen einfach zu streichen, ist ober-
flächlich und gewissenlos. Wenn die deutsche Wirtschaft

morgen kein Betriebskapital mehr hat, steht sie still. Das
hat auch der Viererband zu beachten, wenn er die Klausel
des Versailler Vertrages zur Anwendung bringen sollte, die
der Entschädigung den Vorrang vor den deutschen Schulden-
dienst einräumt. Wenn unsere Wirtschaft wegen Mangels
an Betriebskapital stillsteht, so hören alle Entschädigungen
auf. Gewiß, englisches und amerikanisches Kapital wird
dann deutsche Werte wohlfeil aufkaufen können. Nur gehen
die Wirtschaftserträge dann nach London und New York
und Frankreich wird erst recht das Nachsehen haben.

Für Deutschland handelt es sich nun darum, aus dieser
verderblichen Finanzwirtschaft herauszukommen. Dazu ist
eine Neuordnung des Geldwesens erforderlich, wobei es
ohne Schäden und Einbußen auf der einen und anderen
Seite nicht abgeht. Die doppelte Baluta, die der bayerische
Bauernminister Heim im Reichstag vorschlug, ist ein Begriff
ohne Inhalt. Der Verkehr würde zum hochwertigen Gelde
drängen und die unterwertige Mark abstoßen. Tatsächlich
ist aber das Wirtschaftssystem nur international, vielleicht
mit der Beschränkung auf Europa, zu lösen. Ob die
Brüsseler Finanzkonferenz in dieser Hinsicht brauchbare Arbeit
zu leisten vermag, bleibt abzuwarten. Möglich wird eine
solche deutsche oder internationale Geldreform allerdings
erst dann, wenn vorher eine großartige Wirtschaftreform
in die Wege geleitet ist.

Wenden zu müssen in den meisten Kreisen eine überaus
erfreuliche Tätigkeit. Man vermehre es ihnen deshalb nicht,
wo nicht ein Verbot dem entgegensteht. Aber man unter-
stelle die Kinder in der rechten Art des Wollens und
Gemeins. Kein zweifaches Abrufen, kein Verstoßen der
Wandern. Kein Fortwinken, wenn die Kinder der Blumen über-
drüssig geworden sind. Man weise sie an, den heringebrachten
Strauch mit Wasser zu versorgen und ihm weiterhin Auf-
merksamkeit zuteil werden zu lassen.

Zum Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung.

Am Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Ver-
trages durch deutsche Vertreter, am 28. Juni, hat der neue
Reichskanzler dem neuen Reichstag sein Programm vor-
getragen und sich dabei eingehend darüber ausgesprochen,
auf welchen Wegen seine Regierung das deutsche Volk aus
dem wirtschaftlichen Verderben herausführen will.

Mit erfreulicher Deutlichkeit stellt Heinenbach die Hebung
der Gütererzeugung als den Angelpunkt jeder Wirt-
schaftsreform hin. Seit Beginn des Krieges verbraucht das
deutsche Volk mehr als es erzeugt, lebt also wie der Vär
im Winterschlaf vom alten Fett. Der Winter muß aber
einmal sein Ende haben und dem Körper müssen von außen
her neue Kräfte zugeführt und zu neuem Mark, neuen

Muskeln verarbeitet werden. Es darf sich bei uns nicht
mehr wie bisher darum handeln, daß die einzelnen Erwerbs-
stände und Berufsgruppen von den vorhandenen Verbrauchs-
gütern soviel wie möglich an sich zu reihen suchen; nicht
eine Neuverteilung, sondern eine Mehrerzeugung muß das
Ziel der großen Reform sein. Heinenbach geht dann näher
auf die Sanierung der Reichsfinanzen ein. Er spendet der
Reform seines Parteifreundes Erzberger ein paar lobende
Worte, verheißt aber nicht, daß bis zu einer endgültigen
Regelung des Reichshaushaltes noch viel zu tun übrig bleibt.
Er beschwört das deutsche Volk, sich dem Reformwerk mit
allen Kräften zu widmen, damit sich nicht das grausame
Wort der Franzosen „von den 20 Millionen Deutschen, die
jodeln sind“ erfülle.

Am eingehendsten und am einleuchtendsten sind die
Ausführungen des neuen Reichskanzlers über die deutsche
Ernährungspolitik. Er bringt klar zum Ausdruck, daß jedes
Reformwerk mit einer ersten Tat beginnt, und daß es sich
darum handelt, diese Tat schnell und gründlich zu tun.
Die erste Tat einer großzügigen Ernährungspolitik ist die
Sicherstellung des Lebensmittelbedarfs bis zu dem Zeitpunkt,
an welchem die Hebung der deutschen landwirtschaftlichen
Produktion Früchte trägt. Sehr mit Recht erklärt der Reichs-
kanzler, daß wir bei der Beschaffung ausländischer Nahrungs-
mittel nicht engstirnig knausern dürfen. Ist das Volk satt,
so kann es arbeiten, und nur durch angestrengte Arbeit läßt
sich die Vermehrung der Gütererzeugung erreichen, die uns
wenigstens in der Volksernährung vom Auslande unab-
hängig macht.

Des weiteren hat Heinenbach eine Reihe von Reformen
ausgezeichnet, für welche die Vorarbeiten zum Teil schon unter
den früheren Regierungen in Angriff genommen worden
sind. So soll die Sozialversicherungs-Kommission ihre Arbeit
wieder aufnehmen, neue Lohnklassen sollen ausgebaut und
neue Vorlagen über Invaliden- und Unfallversicherung ein-
gebracht werden. Weiter stellt Heinenbach die schnelle Er-
ledigung der Arbeitslosenversicherung in Aussicht und ver-
spricht Förderung des Siedelungs- und Heimstättenwesens.
Mit ein paar herrlichen Worten hat Heinenbach dann zwei
Tage später den neu zusammengetretenen Reichswirtschafts-
rat beauftragt und den schätzenswerten Ausbau der wirtschaftlichen
Räte-Organisation gefordert.

Wichtiger aber als alle guten Vorsätze der Reichsregierung
ist die verständnisvolle Mitarbeit des Reichstages und des
ganzen Volkes. Das Reformwerk kann nur gelingen, wenn
jeder einzelne sich bemüht, den Weg nicht mehr zu ver-
irren, sondern zu verlassen, wenn weniger geschimpft und
geredet und dafür mehr gearbeitet und gepart wird.

Die Glücksucher.

Roman aus der Vorkriegszeit von Heinrich Lee.
(Nachdruck verboten.)
12 Fortsetzung.

„nun der Geständnisse genug, und
da kommt auch Tante Steinhöfel und meine Mutter. Die
würde über unsere Betrachtungen wohl nicht wenig er-
staunt sein.“

Das Erscheinen der beiden Damen schnitt Vincent
das Wort ab. Die kurze Unterhaltung — welches Rätsel
sie ihm auch aufgegeben — hatte ihm das teure Mädchen
nur noch näher gerückt. Sein ganzes Glück fühlte er jetzt
in der Hoffnung auf den heutigen Abend, wo er unter
den Tausenden von fremden Menschen als der nächste an
ihrer Seite bleiben durfte.

Die Wagen, die die Besucher nach dem Festplatz
brachten, waren überfüllt. Das gleiche galt von den
Equipagen und Kutschen, die mitten in einer dichten
Menschenmenge dem Ziele zustrebten. Vincent gelang es
noch, eines der letzteren hochhalt zu werden, und langsam,
mit Mühe und Not, langte man auf der breiten Fahr-
straße, die mit ihren reizenden Gartenanlagen unmittelbar
in den Kurpark einlief, an. Ein wunderhübscher Anblick
bot sich dar, denn der ganze weite Platz war mit roten
Lampions überzogen. Rote Lampions leuchteten auch
durch die grünen, durchsichtigen Büsche der Kurparks, aus
dem bereits die Nacht einholte. Dabei herrschte in der
Menge, obwohl darin das untere Volk überwog und man
nur wenig Sicherheit wahrnahm, die musterhafteste
Ordnung, nirgends wurden Stimmen laut und Tante
Steinhöfel sprach offen ihre Verwunderung darüber aus.

Dem Orchester gegenüber wurde von der Polizei die
Straße freigegeben, weil hier später ein Festzug hindurch
sollte. Hier waren auch einige lange Stuhlsreihen auf-
gestellt. Wer einen Stuhl benötigen wollte, zahlte zwei
Mark. Die meisten davon waren schon besetzt. Vincent
wäre es lieber gewesen, wenn man weiter im Gedränge

geblieben wäre aber Tante Steinhöfel kommandierte schon
zum Gehen.

„Was kommt denn nun eigentlich?“ fragte die Geheim-
rätin, denn ihre Rebellionsgelüste regten sich bereits
wieder. „Wenn man sich etwa nur deshalb die Mühe ge-
macht hat, um diese Musik zu genießen.“

„Sie hören doch“, erwiderte die Tante streng, „ein
Festzug wird kommen.“ — „Wann? Inzwischen wird
man sich noch ertönen.“

„Sie haben doch, Gott sei Dank, ihre dicke Unterjacke
an!“ — „Wann?“ hat Verta.

Natürlich schämte sie sich vor Vincent dieser Unter-
haltung. Das gewisse Abhängigkeitsverhältnis, in dem
die Mutter und sie zur Tante standen, die ja eigentlich
nur ihre Patin war, hatte sich ihr sonst noch nie fühlbar
gemacht. Jetzt mit einem Male, während die Vincents
Stimme vernahm, fiel es ihr aufs Herz, daß sie ja im
Grunde ein mittelloses armes Mädchen war, das nur aus
fremder Gnade auf diesem Stuhle saß, weil die Tante die
Kette bezahlt hatte. Es war nicht das Gefühl der
Demütigung allein, was ihr dabei das Herz zusammen-
zog, sondern noch ein anderer Gedanke, vor dem ihr plötz-
lich das Blut zurücktrat. Wenn sie nun von einem Mann,
dem sie vielleicht gefiel, für wohlhabend gehalten wurde,
ja, wenn sie unabsichtlich zu dieser Täuschung beigetragen
hatte? Wie glücklich war sie sich an diesem Abend schon
gefühlt, und welche neue Lust fühlte sie ihr jetzt auf die
Seele. Sie hörte nicht mehr die Musik, sie hörte nicht
mehr, was Vincent jetzt mit ihrer Mutter sprach, sie
wünschte sich nur weit, weit fort — zurück nach Berlin,
in die stille, beschöne Gartenhauswohnung, wo sie allein
war und wo kein Mensch nach ihr fragte.

Vincent befand sich auf der andern Seite, neben der
Geheimrätin. Da er während aller Wahlzeiten neben
Verta saß, so hatte ihm diesmal das einfache Lustgefühl
zu diesem Platz geraten.

„Dart ich Ihnen vielleicht meinen Übersetzer um die

Schultern legen, gnädige Frau?“ hatte er descheiden
gefragt.

„Nein, ich danke, es ist nicht nötig“, erwiderte die
gereizte Dame.

„Na, nu passen wir mal Obacht“, sagte Tante Stein-
höfel energisch und machte damit diesem Thema ein Ende,
denn ein immer näherdringender Lärm und Trompeten-
geschmetter kündigten jetzt den Zug an.

In der Tat wurde die erwartete Herrlichkeit
sichtbar. Voran marschierte ein buntkostümierter Musik-
korps, dann folgte eine Reihe kleiner, von innen heraus
beleuchteter, meist nur aus Holzgestellten und bemalten
Papier gebildeter Festwagen, die auf lokale Dinge Bezug
hatten und die durch ihren stielich dürftigen und ver-
schliffenen Anblick den Eindruck erweckten, daß sie schon
ziemlich häufig zu einem solchen Zweck gedient hatten und
für einen großen Teil der Zuschauer war alte Bekannte
waren. Den Beschluß machte ein Garklein mit einer
Kauke, und ehe man sich's versah, war der ganze schädige
Spuk vorüber.

Lachend erhob man sich rings von den Plätzen und
nahm die Enttäuschung mit gutem Humor auf; gerade die
Barmherzigkeit, die in diesem ganzen Vergnügen lag, trug
vielleicht dazu bei, die heitere Stimmung noch zu steigern.
Selbst Tante Steinhöfel begnügte sich mit der Bemerkung:
„Na, so ein Wimpf!“ Das machen sie bei uns in Berlin
sicher!“ Nur die Geheimrätin war empört, also hatte sie
doch recht gehabt, im Hotel bleiben zu wollen, aber hoffent-
lich würde man jetzt wenigstens schleunigst nach Hause
zurückfahren.

„Es ist aber noch Feuerwerk“, sagte Vincent.

„Feuerwerk? Dann bleiben wir noch!“ bestimmte

die Tante.

„Wir fahren nach Hause“, entgegnete die Geheimrätin

in erbittertem Ton. Verta, du lästest mit mir.“

Fortsetzung folgt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Nach einer französischen Meldung aus Spa hat Deutschland das Ultimatum der Entente in der Kohlenfrage unter gewissen Bedingungen angenommen.
- Reichstag und Reichswirtschaftsrat werden nach der Konferenz von Spa sofort zusammentreten, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.
- Auf die Ergreifung des Täters, der in Berlin von der französischen Botschaft die Flagge herunterholte, ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt worden.
- Eine noch unbestätigte Meldung aus London besagt, daß England die Waffenstillstandsverhandlungen mit Polen aufgenommen habe.
- England und Amerika verhandeln über ein Schutzbündnis gegen Japan.
- Auf die deutschen Beschwerden hin sind die Kosten für die feindlichen Besatzungstruppen herabgesetzt worden.

Verständigung in Spa!

Bedingte Annahme des Kohlenultimatus.

Als sich in Spa die Dinge fast bis zum äußersten zugespitzt hatten, gelang es Außenminister Simons und Lloyd George in einer mehrstündigen nächtlichen Unterredung eine Art Rüstung und Verständigung herbeizuführen. Von französischer Seite wird amtlich darüber gemeldet:

Spa, 15. Juli nahm.

Die Deutschen haben unter gewissen Bedingungen die Vorschläge der Alliierten in der Frage der Kohlenlieferungen angenommen.

Zur gleichen Zeit lag in Berlin noch keine amtliche deutsche Bekräftigung dieser Nachricht vor. Diese Intervention der Engländer hat die für die nächsten Tage in Aussicht genommene Besetzung des Ruhrgebietes im letzten Augenblick noch verhindert.

Der deutsche Gegenvorschlag.

Unser Gegenvorschlag, der offenbar den Niederlassung der Besprechung zwischen Simons und Lloyd George bildet und auf Grund dessen die Einigung gelang, belagert im wesentlichen:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. August 1920 an auf vorläufig 6 Monate den alliierten Regierungen monatlich 2 Millionen Tonnen Kohlen zur Verfügung zu stellen.
2. Die alliierten Regierungen leisten den Gegenwert der Kohlen bis zur Höhe des deutschen Inlandpreises durch Anrechnung auf das Reparationskonto, ferner aber die Differenz bis zum Weltmarktpreis in bar, soweit nicht die Art der Zahlung durch das allgemeine Abkommen über die Finanzfrage anders bestimmt wird.
3. Während der Dauer der vorbezeichneten Kohlenlieferung bleiben die Bestimmungen der Kohlenfrage, die der deutschen Delegation am 9. Juli mitgeteilt und am 11. Juli abgeändert worden sind, außer Anwendung. Eine Erhöhung der monatlich abzuliefernden Menge durch den Wiedergutmachungsausschuss findet solange nicht statt.
4. Es wird alsbald ein Abkommen über die Lage in Oberschlesien getroffen, wodurch entweder die deutsche Regierung die Disposition der ober-schlesischen Kohle zurückhält, oder ihr dort der monatliche Bezug von mindestens 1 1/2 Millionen Tonnen ober-schlesischer Kohle gewährleistet wird.
5. Es wird alsbald eine gemischte Kommission in Essen eingerichtet, deren Zweck es ist, die Mittel zu untersuchen, mit denen man die Lebenshaltung der Bergarbeiter in Mähren, Böhmen und in der Gegend der Ruhr verbessern kann.
6. Die Alliierten erklären sich bereit, Deutschland zur Einführung von ausländischen Lebensmitteln für seine Bevölkerung sowie von Rohstoffen für die deutsche Industrie und Landwirtschaft einen angemessenen Vorrat zu gewähren. Die Beratungen über diese Vorschläge werden im Zusammenhang mit den allgemeinen Beratungen über die Finanzfrage alsbald unter Zugleichung beiderseitiger Sachverständiger aufgenommen.

Der Siegeszug der Roten Armee.

Räumung des Festungsdreiecks.

Das Tempo des russischen Vormarsches gegen Polen steigert sich von Tag zu Tag. Wolodetschno ist gefallen; der nächste Schlag zielt auf Wilna. Smorgon, 50 Kilometer vor Wilna, ist schon in der Hand der Russen.

Nordwestlich von Wilna, von Zwenzjan her, ist der Fluss Wilja überschritten. Nichts ist eingekommen (50 Kilometer von Wilna). Gleichzeitig dringen die Bolschewiki gegen Lida vor, um auch von Süden her Wilna abzuschneiden. Nur die Bahn über Wialyskol-Grodno bietet noch größere Sicherheit. An der übrigen Front hat gleichfalls der unaufhaltsame Rückzug der Polen eingesetzt, so an der Bahn Wlask-Baranowitsch bis Kaibano und nördlich Sarny bis zur Strybrücke. Vom Festungsdreieck ist außer Rowno nun auch Dubno von den Polen geräumt, von wo die Bolschewiki nunmehr über Brody gegen Lemberg vorgehen, von dem sie noch 100 Kilometer entfernt sind.

Der südliche Frontteil umfaßt von Kremenec südwärts den schmalen Streifen östlich Sbrisch bis Kamenez-Podolsk. Hier war bisher das Asyl Weißruss, das er aber inzwischen auch verlassen hat. Er ist, da er bei den Offizieren unpopulär ist, nach Langut hinter Przemysl übergesiedelt.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Der beleidigte Prinz. Wegen Beleidigung hatte sich der Redakteur eines Wochenblattes vor einer Berliner Strafkammer zu verantworten. Er hatte in einem Artikel behauptet, daß Prinz Albrecht mit der Gattin eines Leipziger Großkaufmanns Ehebruch getrieben habe. Der Verteidiger des Angeklagten fand es bezeichnend, daß die Anklage „im öffentlichen Interesse“ erhoben worden sei: ein Prinz sei doch jetzt nichts anderes als jeder andere Staatsbürger, und die Staatsanwaltschaft hätte wohl kaum ein öffentliches Interesse angenommen, wenn es sich um irgend einen Herrn Schulze oder Müller gehandelt hätte. Der Beleidigte des Verteidigers wurde jedoch nicht stattgegeben, aber die Verhandlung verfiel der Verjährung, da für die Behauptungen des Artikels der Wahrheitsbeweis angeboten wurde. Zum nächsten Termin soll der beleidigte Prinz persönlich erscheinen.

§ Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert. Von dem Eigentümer des Schöninger Blattes wurde der Gutsbesitzer Herrert, ein Hauptmann a. D., wegen der Beleidigung der Trunksucht gegen den Reichspräsidenten zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Anwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt.

§ „Gräfin Colona“ vor dem Reichsgericht. Die kürzlich gegen Anklage zum Diebstahl von einer Berliner Strafkammer verurteilte Elsa Stuch, angeblich Gräfin Colona, hat gegen das Urteil Revision einlegen lassen, da sie von den Diebstählen nichts gewußt haben will.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Der Reichstag wird, wie verlautet, im Falle des völligen Scheiterns der Konferenz von Spa sofort nach der Rückkehr der Minister aus Spa einberufen werden, um zur allgemeinen Lage Stellung zu nehmen.

• Zu dem Vorfall vor der französischen Botschaft in Berlin wird von amtlicher Seite folgendes mitgeteilt: Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt hat dem französischen Geschäftsträger persönlich sein und der Regierung Bedauern über den gegen die französische Botschaft verübten groben Unfug zum Ausdruck gebracht. Die Polizeibeamten, durch deren Fahrlässigkeit die Demonstration möglich geworden ist, werden auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern vom Dienst suspendiert werden. — Die französische Flagge ist von einem Manne niedergeböhlt und entfernt worden, der über das Dach der Botschaft gelangt war. Der Täter ist noch nicht ermittelt, doch ist die Flagge im Nachbarhaus gefunden und der französischen Botschaft durch die Polizei wieder zugeführt worden.

• Die neue preussische erste Kammer. Der Verfassungsausschuss der Landesversammlung hat einen Staatsrat geschaffen, der dem alten Herrenhaus stark nahekommt und auch in seinen Befugnissen nichts weiter als eine erste Kammer darstellt, die eine Kontrollinstanz aus Provinzialvertretern ist. Der neue Staatsrat wird 73 Mitglieder zählen und gebildet aus 61 Vertretern der Provinzen (von den Provinziallandtagen bestellt), 8 Vertretern des neuen Groß-Berlin, 3 Vertretern der Grenzmark Posen-Westpreußen, 1 Vertreter der Hohenzollernschen Lande. Die Provinzen sind vertreten durch 5 Ostpreußen, 3 Brandenburg, 4 Pommern, 5 Nieder-, 5 Oberschlesien, 6 Sachsen, 3 Schleswig-Holsteiner, 6 Hannoveraner, 7 Westfalen, 4 Hessen-Nassauer, 18 Rheinländer. Der Staatsrat erhält etwa dieselben Rechte wie der Landtag.

• Herabsetzung der Kosten für die Besatzungstruppen. Aus Brüssel wird gemeldet, daß die Wiedergutmachungskommission nach Prüfung der deutschen Beschwerden wegen der ungeheuren Kosten der militärischen Besetzung der deutschen Gebiete die von Deutschland in Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages zu zahlende Summe auf 7 Franken pro Tag und Soldat festgelegt hat.

• Ausnahmen bei der Erwerbslosen-Unterstützung. Nach der Verordnung vom 6. Mai 1920 wird vom 1. August d. J. ab Erwerbslosen-Unterstützung grundsätzlich nur für die Dauer von 26 Wochen gewährt. Die Durchführung dieses Grundsatzes begegnet bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise größeren Schwierigkeiten, als bei der Zeit der Verordnung erwartet werden konnte. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb durch Erlaß die Regierungen der Länder besonders auf die Befugnis der Gemeinden hingewiesen, Ausnahmen von dem bezeichneten Grundsatz zu bewilligen. Insbesondere werden diese Ausnahmen nach Lage der örtlichen Verhältnisse unter Umständen auch für ganze Gruppen von Erwerbslosen erteilt werden müssen.

• Zur Umformung der Sicherheitspolizei. In der gemeinsamen Beratung der preussischen Oberpräsidenten wurde mit Bedauern festgestellt, daß die Reichsregierung die Interessen der Sicherheitspolizei in Spa nicht mit dem Nachdruck vertreten hat, der ihr nach ihrer Bedeutung für die Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Preußen zukommt. Die Aufrechterhaltung einer festgesetzten und gut disziplinierten Polizei wurde einstimmig als eine zwingende Notwendigkeit erklärt. Ohne eine starke Polizeitruppe kann die Ruhe und Ordnung unmöglich aufrecht erhalten werden. Die von der Entente verlangte Entwaffnung der Bevölkerung kann nur durchgeführt werden, wenn die Sicherheitspolizei so stark eingesetzt wird, daß der einzelne wieder an den Schutz und die Macht des Staates glauben kann und sich daher nicht mehr gezwungen glaubt, zum Selbstschutz greifen zu müssen. An eine Umorganisation der Sicherheitspolizei kann erst nach der vollständigen Entwaffnung aller Bevölkerungsteile gedacht werden, die aber selbstverständlich innerhalb der gestellten Frist erfolgen muß.

• Der vorläufige Reichswirtschaftsrat wird bald nach der Rückkehr unserer Delegierten aus Spa einberufen werden, auch wenn die Konferenz keine Erfolge gezeitigt hat. Der Reichswirtschaftsrat soll verschiedene Gutachten über Kohlen- und Wiederaufbaufragen abgeben.

• Frauenwahlrecht für Kaufmanns- und Gewerbe-gerichte. Ein Entwurf betreffend die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts für die Frauen bei den Kaufmanns- und Gewerbe-gerichten wird dem Reichstage demnächst zu gehen. Der Entwurf über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, den der Reichsrat verabschiedet hat, wird dem Reichstage in nächster Zeit vorgelegt werden.

Amerika.

• Britisch-amerikanisches Bündnis gegen Japan. Aus London wird berichtet, daß England im Begriff steht, mit den Vereinigten Staaten ein Schutz- und Trutzbündnis abzuschließen, das die beiderseitigen Interessen im Stillen Ozean gegen Japan gewährleisten soll. Dieser diplomatische Frontwechsel soll auf Drängen Australiens und Neuseelands erfolgt sein, welche der japanischen Politik misstrauen.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische, österreichische, ungarische oder schwedische Kronen, Schweizer und französische Francs und Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ — angeboten; „Geld“ — gesucht.)

Währungsplätze	14. 7.		13. 7.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . Gulden	1366.10	1368.90	1366.10	1368.90	170 Mt.
Dänemark . . . Kronen	649.35	650.69	654.35	635.05	112 .
Schweden . . . Kronen	—	—	—	—	72 .
Amerika . . . Dollar	—	—	38.55	38.65	4.40 .
England . . . Pfund	151.47	151.77	151.85	152.15	20.20 .
Frankreich . . . Franc	—	—	—	320.15	80 .
Italien . . . Lire	229.75	234.25	229.75	230.25	80 .
Österreich . . . Kronen	25.92	25.98	25.80	25.90	85 .
Ungarn . . . Kronen	21.22	22.33	23.37	23.43	85 .
Schweiz . . . Kronen	85.87 1/2	85.47 1/2	84.90	85.10	85 .

• Berliner Produktenverkehr. Amlich festgestellte Preise der Berliner Produktenbörse am 15. Juli: Gaher per 1000 Kilogramm 2290—2340 Mark ab Station. Tendenz flau. Richtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktorien, 140—180 Mark, gelbe und grüne Erbsen 115—145 Mark, Belusien 80—90 Mark, Naderbohnen 100—115 Mark, Bienen 75—90 Mark, Lupinen blaue 45—55 Mark, gelbe 50—65 Mark, feinste Sojabohne über Rotterdam 40—50 Mark, Wiesenbohnen, alte 25—29 Mark, neue 18—20 Mark, Stroh, braungetreht 9.50—10 Mark, schneidelt 7—8 Mark, Trockenheu 63—68 Mark, Vatent Stiefen 90—95 Mark.

• Deutschland auf dem internationalen Postkongress. Der internationale Postkongress in Paris ist zu Ende gegangen. Bei den Verhandlungen wurde die Wiederaufnahme einiger direkter telephonischer und telegraphischer Verbindungen, die für Deutschland von Bedeutung sind, vereinbart. Von englischer Seite wurde zugesichert, daß die Kabelenden, die sich in deutschen Gewässern befinden, nicht abgeschnitten werden sollen und daß Deutschland ein kleines direktes Kabel nach Spanien erhalten soll. Auch wurden einige Vorschläge über die Ausdehnung des funktentelegraphischen Dienstes gefaßt. Alles in allem sind für Deutschland nur geringfügige Verbesserungen seiner gegenwärtigen postalischen Lage herausgekommen.

Bermischtes.

• Gilfe! Gilfe! Ein rheinischer Landbürgermeister schreibt an die Redaktion eines westdeutschen Blattes: „Ich bin kein „Studierter“, aber ich habe früher doch manche Ruh machen können, die mir übergeordnete Stellen, der Herr Landrat, der Herr Minister und die anonymen Verleger schwieriger Gesetzbestimmungen, zu machen ausgaben. Nun, heute kann ich das manchmal nicht mehr. Da ist z. B. das „Preussische Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz“. Darin lautet der § 15: „In jedem einzelnen Landkreise darf die Provinzialsteuereinkommensteuer den Bruchteil des auszuhebenden Anteils dieses Kreises nicht übersteigen, der sich zu dem auszuhebenden Anteil dieses Kreises verhält wie die Zahl der für das Steuerjahr 1919 als Provinzialsteuer erhobenen Hundertteile zu der Zahl der von dem Kreis als Kreissteuer erhobenen Hundertteile der Staatseinkommensteuer.“ Können Sie mir, Herr Redakteur, sagen, was der Verfasser des Paragraphen von uns Landbürgermeistern will? Ich bekomme es nicht heraus.“ Die Redaktion bekam es aber auch nicht heraus, und ein Jurist, den sie fragte, ebenfalls nicht, obwohl Juristen bekanntlich weiß mehr wissen als Gott im Himmel. Wer hilft nun dem unglücklichen Landbürgermeister aus der Klemme, indem er die forschende Steuerfrage des § 15 aus dem Gemeingefährlichen ins Gemeinverständliche überführt?

Nah und Fern.

• Die wirtschaftliche Lage des Ärztestandes. Der Verband deutscher Mediziner sprach sich auf seiner Leipziger Tagung für die allgemeine Einführung der Zwangsorganisation auch im Arztetisch aus. Von Interesse waren die vom Generalsekretär des wirtschaftlichen Ärztesverbandes gemachten Mitteilungen. Danach beträgt die Zahl der deutschen Ärzte 37 000, die der Medizinstudierenden 22 000. Mindestens 8000 Ärzte haben keinen festen Wohnsitz. 40 bis 50 % der Ärztschaft besteht aus Fachärzten. Die Erwerbsaussichten der jungen Ärzte und der Medizinstudierenden erscheinen sonach recht trübe.

• VV Lebensmittel für Erwerbslose und Minder. In Dresden. Die Stadt Dresden hat beschlossen, nur Verteilung kommenden städtischen Lebensmittel 50 % der als Kleinhandelspreis an Erwerbslose und an V. en abzugeben, die unter 12 000 Mark Einkommen haben.

• Tod in den Bergen. Nach Meldungen aus München sind in den Allgäuer und Tiroler Bergen in den letzten Tagen fünf Personen abgestürzt; zwei davon sind tot.

• Explosion einer Handgranate. Auf dem Hofe des Engrosbändlers Diamant in Dortmund explodierte eine Handgranate, mit der der Händler Verendes an einem Amboß hantierte. Verendes, der Vater von acht Kindern ist, wurde schrecklich zugerichtet und starb bald darauf. Seine Frau erlitt schwere Verletzungen.

• Lebendig im Fuchsbau begraben. In Fischerhagen bei Greifenberg in Pommern wurde der Oberwachmeister Kiefewelter, der einen im Fuchsbau festgenommenen Fuchs töten wollte, vom niederstürzenden Fuchsbau verschüttet und lebendig begraben.

• Landrat v. Vatoen unanständig getötet. Die Kommission, welche die Tötung des Landrates v. Vatoen in Vledau untersucht, hat festgestellt, daß Vatoen nicht vorliegt. Vatoen ist durch einen wahrscheinlich von einem Jäger her rührenden Fuchsschuss getötet worden.

• Aufdeckung großer Getreideschiebungen. Vor einigen Tagen wurde die in der Nähe von Oera gelegene Scheubengröbler Mühle geschlossen und der Müller Ridel verhaftet. Jetzt ist auch der Inhaber dieser Mühle, der Kaufmann Vollkadt, der Samieger Sohn Ridel, verhaftet worden und zwar wegen unberechtigter Vermahlung großer Mengen von Getreide. Durch Vorsehung eines Beamten der Reichsgetreidekasse war es dem Verhafteten gelungen, die großen Schiebungen schon seit geraumer Zeit unentdeckt zu ermöglichen. Die Erhebungen haben ergeben, daß Vollkadt auch einen ausgedehnten Wucherhandel mit Brennmaterial und Zement betrieben hat. Ferner wurden Kleiderstoffe im Werte von über zwei Millionen Mark vorgefunden. Der Verhaftete, der einst vermögenslos war und bereits den Offenbarungseid geleistet hat, leidet auf großem Fuße und besitzt gegenwärtig nicht weniger als 15 Häuser.

• Ein Einkommen-Preis ausreiben in Amerika. Eine wissenschaftliche Zeitschrift in New York hat einen Preis von 5000 Dollar ausgesetzt für die beste in englischer Sprache gefasste Abhandlung, die in ganz einfacher und nicht mehr als 8000 Worten umfassende Darstellung die Einkommens-Theorie dem Laien näherzubringen vermag.

• Für Pörrer zwölf, für Kirchendörner 10000 Mk. Einkommen. Bei Gelegenheit einer Besprechung über Wohnungsneubauten erregte die Rede des Stadtverordneten Pörrer Lichtenberg in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung großes Aufsehen. Pörrer Lichtenberg stellte fest: Die Wohnungen können nicht bezogen werden vom Pörrer, denn er verdient nur 12 000 Mk., nicht von den Kaplänen, denn sie erhalten je 7000 Mk., nicht vom Küster, denn er bekommt 8 500 Mk.; wohl aber vom Kirchendörner; denn er hat mit Nebenverdienst ein Einkommen von 40 000 Mk.

Jul. Rüping
Herren-
Sommer-
Joppen